

Pressestatement

Freie Wohlfahrtspflege Bayern
Lessingstraße 1 | 80336 München
info@freie-wohlfahrtspflege-bayern.de | 089 54497-132
susann.engert@paritaet-bayern.de | 089-30611-137

Freie Wohlfahrtspflege

Landesarbeitsgemeinschaft Bayern

Pressekonferenz zum Vorsitzwechsel der Freien Wohlfahrtspflege Bayern am 04.02.2021

Statement von Margit Berndl, Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege Bayern 2021, Vorstand Verbands- und Sozialpolitik des Paritätischen in Bayern

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,

wöchentlich beschließt die Politik neue Maßnahmen, um Corona in den Griff zu bekommen. Diese Maßnahmen sind nötig. Keine Frage. Was die Politik aber nicht genug auf dem Schirm hat, sind die Folgen der Maßnahmen für viele Menschen. Gerade ärmere Menschen vergisst die Politik zu oft. Wie bei der FFP2-Maskenpflicht. Die Masken schützen die Menschen vor einer Infektion. Aber sie kosten auch Geld. Bei täglichem Gebrauch rund 120 Euro im Monat. Wie sollen Menschen mit geringem Einkommen das Geld aufbringen? Darüber hat sich anscheinend niemand Gedanken gemacht. Erst ein breiter öffentlicher Protest hat dafür gesorgt, dass kostenlose Masken für Bedürftige bereitgestellt wurden.

Auch im Falle der Corona-Soforthilfen hat die Politik ärmere Menschen lange vergessen. Der Schulterchluss von 36 Verbänden hat nun dazu geführt, dass Grundsicherungsempfänger immerhin einen einmaligen Zuschlag von 150 Euro erhalten. Nötig ist aber dauerhaft mehr Geld: Solange die Corona-Krise andauert 100 Euro monatlich mehr. Und darüber hinaus existenzsichernde Regelsätze. Denn gegen Armut hilft vor allem eines – Geld.

An diesen Beispielen zeigt sich, wie wichtig es ist, dass die Freie Wohlfahrtspflege auf soziale Auswirkungen aufmerksam macht und Lösungen vorschlägt. Das gilt jetzt während der Pandemie. Aber es gilt auch für die Zeit danach.



Arbeiterwohlfahrt
Landesverband
Bayern e.V.



Bayerisches
Rotes
Kreuz



Landes-
Caritasverband
Bayern



Viele Menschen haben schon einiges verloren oder werden noch einiges verlieren: Im schlimmsten Fall müssen sie mit dem Verlust geliebter Menschen zurechtkommen. Ein Verlust, der nicht in Worte zu fassen ist.

Verlieren werden auch einige Menschen ihre Existenzgrundlage – trotz Kurzarbeitergeld und milliardenschwerer Hilfspakete für die Wirtschaft. Wie sich der Lockdown auf den Arbeitsmarkt in Branchen wie der Gastronomie, im Kultur- und Freizeitbereich, aber auch im Einzelhandel auswirken wird, können wir im Moment nur vermuten. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit ist jedoch sehr wahrscheinlich.

Die soziale Ungleichheit nimmt zu und die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander. Die Zahl der Menschen, die von Armut bedroht sind, wird weiter ansteigen.

Viele Menschen leiden unter Einsamkeit und Perspektivlosigkeit. Psychische Belastungen nehmen zu. Für Menschen, die schon vor der Krise psychisch beeinträchtigt waren und/oder mit Suchtproblemen zu tun hatten. Aber auch für andere Menschen. Gerade Angehörige so genannter Risikogruppen wie Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen und ältere Menschen sind seit Beginn der Pandemie weitgehend isoliert. Zum Schutze ihrer Gesundheit, aber zu Lasten ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Familien sind in einem täglichen Ausnahmezustand. Meist sind es die Frauen, die angesichts von geschlossenen Kitas und Schulen das Mehr an Sorgearbeit schultern müssen. Nicht wenige müssen dafür ihre Arbeitszeit reduzieren. Kinder aus finanziell schwachen Familien leiden besonders unter den geschlossenen Bildungseinrichtungen. Sie drohen den Anschluss zu verlieren.

Die sozialen Folgen der Corona-Pandemie sind noch nicht klar absehbar. Aber sie werden vielfältig und herausfordernd sein. Umso entscheidender

ist es, sich frühzeitig Gedanken über Lösungen zu machen. So wie im letzten Jahr Schutzschirme für die Wirtschaft gespannt wurden, braucht es Schutzschirme für Menschen, die besonders unter den Folgen der Pandemie leiden. Zum Beispiel für Kinder, die den Anschluss beim Lernen verlieren. Dabei geht es um ein Zusammenspiel aus direkter finanzieller Unterstützung und um ein gut ausgebautes Netz an sozialen Diensten und Einrichtungen, das Menschen unterstützt, berät und entlastet.

Die Freie Wohlfahrtspflege ist hier besonders gefragt. Sie muss mit Nachdruck auf soziale Folgen aufmerksam machen. Und sie muss sich dafür einsetzen, dass soziale Folgen abgemildert werden. Dass ein sozialer Ausgleich stattfindet. Dass die Menschen, die besonders unter den Folgen zu leiden haben, nicht einfach vergessen werden. Dass der Sozialstaat funktioniert.